

Deutschland: In der Weltwirtschaft wieder auf der Überholspur!

20

Bundeswirtschaftsminister Dr. Werner Müller

Sehr geehrter Herr Professor Sinn,
meine Damen und Herren,

wenn ich der Einladung des ifo Instituts zur diesjährigen Jahresmitgliederversammlung mit Freude gefolgt bin, so hat das natürlich auch mit der aktuellen Entwicklung eines Bestsellers Ihres Instituts zu tun: Der ifo Geschäftsklimaindex zeigt, dass der wirtschaftliche Aufschwung in Gang gekommen ist und an Fahrt gewinnt. Dem einen oder anderen mag dennoch der Titel meines heutigen Vortrags »Deutschland: In der Weltwirtschaft wieder auf der Überholspur!« etwas zu euphorisch scheinen. Zumal dahinter – mit Bedacht – kein Frage-, sondern ein Ausrufezeichen steht.

Dafür gibt es jedoch gute Gründe. Und zwei will ich Ihnen schon vorab nennen: Zum einen ist es der deutschen Wirtschaft in der Tat gelungen, ihre ohnehin starke Stellung auf den Weltmärkten in den letzten Jahren weiter auszubauen: Seit 1997 nehmen die deutschen Ausfuhren real wieder stärker zu als der Welthandel. Zum anderen schadet es nicht, in der aktuellen, oft von Pessimismus geprägten Diskussion um die Zukunft der deutschen Wirtschaft einen positiven Kontrapunkt zu setzen.

Auch dafür gibt es schließlich gute Gründe. Bei all den Herausforderungen bleibt festzuhalten: Diese Bundesregierung hat in den zurückliegenden knapp vier Jahren die Weichen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik neu gestellt – von der Stand- auf die Überholspur. Dazu gehört, dass die Neuverschuldung konsequent zurückgeführt wurde und gleichzeitig Unternehmen und Haushalte durch die Steuerreform 2000 umfassend entlastet werden.

Bei der Rentenversicherung haben wir den Einstieg in die private Kapitalbildung vollzogen und steuern damit einer wachsenden Belastung des Faktors Arbeit entgegen. Bei der Liberalisierung der Güter- und Dienstleistungsmärkte haben wir, was Öffnungsgrad und Wettbewerb angeht, viele Staaten Europas bereits weit hinter uns gelassen. Und auch die Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesregierung weist klare Erfolge auf.

Während diese Politik ihre Wirkung zeigt, verlieren Sonderfaktoren an Gewicht, die die freie Fahrt in den letzten Jahren behindert haben: Die wirtschaftliche Restrukturierung in den neuen Ländern kommt voran. Überkapazitäten im Bausektor werden abgebaut. Und für den weiteren Verlauf des Jahres wird mit einem deutlichen Anziehen der Weltkonjunktur gerechnet, was dem Wachstum in Deutschland zusätzlichen Schub verleihen wird. Die Chancen für Deutschland, im europäischen Vergleich der Wachstumsraten bald wieder einen Platz auf dem Siebertreppchen einzunehmen, steigen also von Tag zu Tag.

Wirtschaftliche Lage

Konjunkturaussichten

Wichtig also: Die deutsche Wirtschaft wächst wieder.

Zwar ist im ersten Quartal das Bruttoinlandsprodukt zunächst nur leicht um 0,2% gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Aber im weiteren Verlauf des Jahres erwartet die Bundesregierung, dass sich das Wirtschaftswachstum weiter beschleunigt. Persönlich bin ich davon überzeugt, dass wir bei der Jahreswachstumsrate noch eine »1« vor dem Komma sehen werden. Die Bundesregierung hat jedenfalls mit Steuerentlastungen und der zusätzlichen Familienförderung beste Voraussetzungen geschaffen, den privaten Konsum zu stärken.

Und auch die außenwirtschaftlichen Impulse dürften wachstumsbeschleunigend wirken. Ebenso erfreulich sind schließlich die Perspektiven für die neuen Länder. Während die Industrie stärker als in Westdeutschland an Fahrt gewinnt, lassen die dämpfenden Effekte aus dem Baugewerbe nach.

Replik auf Forderung der Institute nach deutschem Konjunkturprogramm

In diesem Zusammenhang darf ich daran erinnern, dass die Mehrheit der Institute noch im Herbst gefordert hatte, die nächste Stufe der Steuerreform vorzuziehen. Mittlerweile hat sich der von der Bundesregierung eingeschlagene Kurs bestätigt. Eine glaubwürdige, dauerhaft tragfähige Wirtschaftspolitik hat Vorrang vor wirtschaftspolitischem Aktionismus. Dieser wirkt allenfalls prozyklisch und kollidiert mit der angestrebten Haushaltskonsolidierung.

Wachstumsschlusslicht Deutschland?

Meine Damen und Herren,

in den letzten Monaten wurde viel über die Gründe diskutiert, warum Deutschland in Europa seit Mitte der neunziger Jahre beim Wachstum eine vergleichsweise ungünstige Position einnimmt. Prof. Sinn hat im Mai in der FAZ zu diesem Thema Stellung bezogen. Als Gründe für das schlechte Abschneiden Deutschlands nannte er unter anderem:

- einen zu starken Anstieg der Löhne und der lohnbezogenen Abgaben,
- den Wegfall des traditionellen deutschen Zinsvorteils durch eine europaweite Konvergenz auf das investitionsfreundlich-niedrige Niveau in Deutschland sowie

- die Wiedervereinigung – hier vor allem eine vorweg genommene Einkommensangleichung im Osten, hohe öffentliche Transfers in die neuen Länder und das Leistungsbilanzdefizit der neuen Länder.

Ich teile die Analyse im Wesentlichen, bin allerdings in der Beurteilung der Lohnentwicklung zurückhaltender. Die rückläufige Entwicklung der Lohnstückkosten in den letzten Jahren – in welchem Konkurrenzland gibt es das schon? – dürfte mehr Beschäftigung kaum im Wege gestanden haben. Außerdem gibt es noch weitere Gründe für die Wachstumsposition Deutschlands im vergangenen Jahr:

- Der Bausektor befindet sich seit 1996 in einer Rezession.

Diese ist Folge der vor allem in den neuen Ländern aufgebauten Überkapazitäten. Ohne Schrumpfung des Bausektors wäre nach Berechnungen der EU das reale BIP-Wachstum im Jahr 2001 um rund einen $\frac{3}{4}$ Prozentpunkt höher ausgefallen.

- Und schließlich war für die schwache wirtschaftliche Entwicklung im letzten Jahr auch die enge Einbindung Deutschlands in den internationalen Konjunkturverbund von Bedeutung.

Dabei spielen, neben starken Verflechtungen über den Außenhandel, auch so genannte »neue« Übertragungsmechanismen eine wichtige Rolle. So etwa über Direktinvestitionen, über Vertrauenseffekte oder über die Kursentwicklung auf den Finanzmärkten. Immerhin ist der Umsatz deutscher Tochterunternehmen in den USA sechsmal höher als die deutschen Exporte in die USA. Nach Einschätzung unserer Wirtschaftsweisen war Deutschland deshalb von der weltwirtschaftlichen Abkühlung über diese Kanäle auch stärker betroffen als das Eurogebiet insgesamt. Dass aus dem schwierigen Anpassungsprozess in den neuen Ländern Probleme erwachsen, wird im Übrigen auch vom IWF, der OECD und der Europäischen Kommission anerkannt.

Es gibt nach wie vor viel zu tun.

Dies betrifft insbesondere die gegenüber den alten Ländern rund doppelt so hohe Arbeitslosenquote – selbst wenn die Beschäftigungsquote – also der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung – in den neuen Ländern annähernd gleich hoch wie in den alten ist. Wichtig erscheint mir an dieser Stelle vor allem, die erzielten Erfolge nicht aus dem Auge zu verlieren:

- So wurden in den neuen Ländern in den letzten Jahren über 500 000 Firmen gegründet und damit 3 Mill. neue Arbeitsplätze geschaffen.
- Die Arbeitsproduktivität hat sich verdoppelt und liegt nun bei rund 70% des Westniveaus.

- Das Verhältnis von Kapitalstock zur Zahl der Beschäftigten im Privatsektor erreicht mittlerweile 85% der entsprechenden Relation in den alten Ländern; 1991 waren dies noch 50%.
- Wichtige Teile der Infrastruktur wurden erneuert.
- Und die Exportquote in der ostdeutschen Industrie ist von 17% in 1998 auf 24% in 2001 gestiegen.

Auch andere der genannten dämpfend wirkenden Faktoren haben schon oder werden an Gewicht verlieren. Es überrascht deshalb nicht, dass nach den Prognosen des IWF Deutschland seine Position als »Wachstumsschlusslicht« in Europa noch in diesem Jahr abgeben wird. Im Jahr 2003 setzt sich dieser Kurs fort, und Deutschland wird mit anderen großen europäischen Volkswirtschaften fast gleichauf liegen. Und lassen Sie mich noch etwas anmerken: Trägt man Unterschieden in der Bevölkerungsentwicklung Rechnung und betrachtet das Wirtschaftswachstum pro Kopf, fällt der Wachstumsrückstand Deutschlands gegenüber anderen großen europäischen Volkswirtschaften deutlich geringer aus. Im Vergleich zu den USA hat Deutschland in den letzten beiden Jahren pro Kopf der Bevölkerung gerechnet sogar höhere Wachstumsraten zu verzeichnen.

Zur Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft

Neben der Wachstumsschwäche wird der Wirtschaftspolitik in Deutschland zuweilen ein Rückgang der Exporte vorgehalten. Kritisiert wird, dass der Anteil des Vizeexportweltmeisters am Welthandel – bewertet zu laufenden Preisen – seit 1991 gesunken ist. Dies wird von manchen als Indiz für eine deutsche Wettbewerbschwäche gewertet. Bei den in nominaler Rechnung ermittelten Weltmarktanteilen ist jedoch einiges zu bedenken:

- Die Integration der Entwicklungs- und Schwellenländer in den Welthandel hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen.

Diese – im Sinne der internationalen Arbeitsteilung vorteilhafte – Entwicklung geht zwangsläufig zu Lasten der Anteile der Industrieländer. Sie ist gewollt und wird von Deutschland und der EU in der Handelspolitik nachdrücklich vorangetrieben. Dementsprechend ist auch der in nominaler Rechnung gemessene Weltmarktanteil der OECD-Staaten insgesamt zurückgegangen.

- Damit deckt sich die Beobachtung, dass wichtige Wettbewerber unter den Industrieländern von 1991 bis 2000 ebenfalls Anteilsverluste zu verzeichnen hatten.
- Und schließlich dürfte der starke Rückgang des deutschen Welthandelsanteils Anfang der neunziger Jahre un-

ter anderem mit der Wiedervereinigung verbunden gewesen sein.

Die Exporte in die osteuropäischen Staaten sind weggebrochen. Gleichzeitig sind die westdeutschen Lieferungen in die neuen Länder gestiegen und haben einen Teil der Exporte verdrängt. In den folgenden Jahren haben sich die Weltmarktanteile jedoch recht stabil entwickelt.

- Im Übrigen stehen deutliche Wechselkursveränderungen einer schlüssigen Interpretation der aufgrund von Exportwerten in US-Dollar berechneten nominalen Weltmarktanteile entgegen.

So dürfte der weitgehend synchrone »rechnerische« Verlust von Weltmarktanteilen der großen europäischen Volkswirtschaften im Jahr 2000 in nicht unerheblichem Maße auf die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar um im Jahresdurchschnitt über 13% zurückgehen.

- Und zu guter Letzt gehören zum Gesamtbild der weltweiten Verflechtung der deutschen Wirtschaft neben den Handelsströmen auch die grenzüberschreitenden Investitionen.

Der Bestand an deutschen Direktinvestitionen im Ausland hat sich in den zehn Jahren von 1989 bis 1999 fast vervierfacht und die Exporte zum Teil abgelöst. Ein deutlich positiveres Bild der Position Deutschlands im Außenhandel ergibt sich schließlich, wenn statt des Wertes der Exporte in US-Dollar das Exportvolumen herangezogen wird. Gemessen am Welthandelsvolumen – also in realer Rechnung – ist es Deutschland in den letzten Jahren gelungen, seine Stellung im Welthandel weiter auszubauen. Die preisbereinigten deutschen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen sind seit 1997 stärker gewachsen als der Welthandel – selbst in schwierigen Jahren. So ermittelt der IWF für das hinsichtlich der weltwirtschaftlichen Entwicklung äußerst schwache Jahr 2001 einen Rückgang des Welthandelsvolumens um 0,2%. Gleichzeitig sind aber die deutschen Exporte real um fast 5% gewachsen. Und auch für dieses Jahr wird mit einer deutlich günstigeren Entwicklung der Exporte Deutschlands als der anderer G7-Staaten gerechnet.

Wirtschaftspolitische Weichenstellungen zur Stärkung der Leistungskraft

Eindeutig lässt sich die Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften nicht messen. Aber darauf kommt es letztlich auch nicht an. Entscheidend ist, dass eine Volkswirtschaft über einen guten Ordnungsrahmen verfügt. Ein solcher fördert Innovation und Wachstum und stärkt die Bereitschaft und Fähigkeit der Menschen zu eigenverantwortlichem Han-

deln. In diesem Sinne haben wir eine Reihe wichtiger Reformen auf den Weg gebracht.

Konsolidierung des Haushalts

Angesichts des derzeitigen Schuldenstandes des Bundes steht ganz oben auf der politischen Agenda, finanzpolitische Handlungsspielräume wieder zu gewinnen. Die Bundesregierung hat den Weg in den Schuldenstaat gestoppt. Die Nettokreditaufnahme, die bis 1998 auf rund 29 Mrd. € angewachsen war, wurde im Bundeshaushalt 2002 auf rund 22 Mrd. € gesenkt und war damit zum dritten Mal in Folge geringer als im Vorjahr. Und während die Schulden des Bundes zwischen 1995 und 1998 um 230 Mrd. € anstiegen, waren es zwischen 1999 und 2002 nur 36 Mrd. €. Bis 2006 soll der Bundeshaushalt ausgeglichen sein. Das wird nicht einfach sein, aber es ist zu schaffen.

Steuerreform

Gleichzeitig hat die Bundesregierung das größte Steuer senkungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik auf den Weg gebracht. Alle steuerpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung zusammen werden ab 2005 zu Nettoentlastungen von insgesamt rund 56 Mrd. € jährlich gegenüber 1998 führen. Der Eingangsteuersatz bei der Einkommensteuer wird von fast 26% im Jahr 1998 bis 2005 schrittweise auf 15% abgesenkt. Der Spitzensteuersatz wird ebenfalls um 11 Prozentpunkte zurückgenommen und sich im Jahr 2005 auf 42% belaufen. Die 2001 in Kraft getretene Unternehmensteuerreform hat den Körperschaftssteuersatz auf einheitlich 25% gesenkt. Gewinne von Kapitalgesellschaften werden nunmehr inklusive Gewerbesteuer mit durchschnittlich 38,6% besteuert – vorher waren es rund 51,8%. Die steuerlichen Investitionsbedingungen in Deutschland wurden damit deutlich gestärkt. Und gleichzeitig steigt die Kaufkraft der Haushalte und damit die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen. So sind seit dem Regierungswechsel die realen Nettolöhne und -gehälter um fast 2% gestiegen, während sie in den vier Jahren davor um insgesamt 1% zurückgingen. Insgesamt gewinnt also Deutschland wirtschaftlich deutlich an Attraktivität.

Liberalisierung der Märkte

Drittens hat Deutschland ehemals monopolistisch geprägte Märkte häufig früher und in der Regel umfassender geöffnet, als vom europäischen Recht vorgegeben sowie schneller als in anderen europäischen Staaten. Und auch die Erfolge dieser Politik sind unübersehbar:

- Die deregulierten Märkte weisen eine beeindruckende Innovationsdynamik auf.
- Und die Qualität von Produkten und Dienstleistungen ist gestiegen, bei gleichzeitig niedrigeren Preisen für die Verbraucher.

Besonders eindrucksvoll zeigt sich dies auf dem sich sehr dynamisch entwickelnden Telekommunikationsmarkt:

- Dort, wo ehemals ein Monopolist tätig war, tummeln sich heute 180 Anbieter.
- Die Preise für Ferngespräche sind seit Marktöffnung um bis zu 95% gesunken.
- Deutschland gehört mit 60 Mill. Teilnehmern zu den Ländern mit der höchsten Dichte im Mobilfunknetz.
- Und gleichzeitig ist die Zahl der Beschäftigten in der Informations- und Telekommunikationsbranche gestiegen.

Auch in der Energiewirtschaft sind erhebliche Liberalisierungsgewinne zu verzeichnen:

- Sinkende Strompreise entlasten Industrie, Mittelstand und Verbraucher.
- Und die stärkere Wettbewerbsdynamik sowie modernere Energieversorgungsstrukturen stärken die Wettbewerbsposition der deutschen Energieversorgungsunternehmen im liberalisierten europäischen Strommarkt.

Im Postbereich schließlich wurde der Kurier-, Express- und Paketbereich vollständig liberalisiert: In diesem Bereich entfällt auf Wettbewerber zur Deutschen Post mittlerweile ein Marktanteil von 78%, und mehr als 40 000 private Anbieter sind heute in diesem Markt tätig.

Zentrale politische Herausforderungen zur dauerhaften Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit

Niedrige Abgaben, offene Märkte und eine innovationsfreundliche Regulierung sind wichtige Voraussetzungen, um die technologische und damit wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dauerhaft zu stärken. Für langfristiges Wachstum muss die Technologie- und Innovationspolitik darüber hinaus aber zusätzliche Impulse geben. Der Förderung von Bildung, Forschung und Technologie hat die Bundesregierung von daher besondere Priorität eingeräumt. Und die Erfolge dieser Politik sind beträchtlich:

Deutschland nimmt mit Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung von 2,5% des Bruttoinlandsproduktes einen der vorderen Plätze weltweit ein. Bei den Weltmarkt-Patenten haben wir unter den großen Volkswirtschaften unsere Stellung als patentstärkstes Land – neben Japan

– behauptet und liegen mit an der Spitze. Die Innovationsfähigkeit der deutschen Industrie ist im internationalen Vergleich hoch. So treten fast 30% der Unternehmen mit neuen Produkten auf den Markt. Und auch bei der Diffusion der IuK-Techniken ist Deutschland insgesamt gut positioniert. Die Zahl der Internet-Nutzer hat sich von Ende 1998 bis Ende 2001 auf knapp 31 Mill. mehr als verdoppelt. Und bei den Breitband-Anschlüssen hat Deutschland im Jahr 2001 eine geradezu explosionsartige Entwicklung erfahren. Mit 1,8 Mill. DSL-Anschlüssen ist Deutschland, relativ zur Einwohnerzahl, an den USA vorbei gezogen und liegt hinter Schweden weltweit an zweiter Stelle. Um diese Position auch in Zukunft aufrecht zu erhalten und noch auszubauen, müssen wir die bestehenden Engpässe für die Innovationsfähigkeit der Unternehmen ausräumen. Ein entscheidender Punkt dabei ist, den weiter bestehenden Fachkräftemangel zu beheben. Hierzu ist nicht nur mehr Geld für Bildung und Ausbildung erforderlich. Notwendig sind insbesondere strukturelle Reformen, die unser Bildungssystem durchlässiger und flexibler machen. Junior-Professuren und international vergleichbare Bachelor- und Master-Abschlüsse, von denen es bereits rund 1 100 gibt, weisen dabei in die richtige Richtung.

Angesichts des demographischen Wandels bleiben darüber hinaus verbesserte Bedingungen für die Zuwanderung von Hochqualifizierten und eine Steigerung der Beteiligung von Frauen am Arbeitsleben auf der Tagesordnung. Nur 17% des FuE-Personals in der Wirtschaft sind weiblich; hier liegt also noch erhebliches Potential. Nicht zuletzt muss die Politik die Technologieförderung fortlaufend auf ihre Wirksamkeit überprüfen und gegebenenfalls anpassen. Ein Beispiel hierfür ist die Systemevaluation der wirtschaftsintegrierenden Forschungsförderung des BMWi. Die Vorschläge, die eine unabhängige Kommission gemacht hat, werden zurzeit in erste praktische Reformvorschläge umgesetzt. Die Hauptlinien der kurz- und längerfristigen Reformen werden sein:

- mehr Transparenz und Nutzerfreundlichkeit,
- verbesserte Bedingungen für die Teilnahme der KMU an den verschiedenen Programmen und
- die Konzentration knapper Fördermittel auf KMU und Forschungseinrichtungen, die Forschungsergebnisse auch tatsächlich umsetzen.

Schließlich ist die Unterstützung junger, technologieorientierter Unternehmen in ihrer Frühphase ein weiteres wichtiges Element einer langfristig angelegten Technologiepolitik. Allein mit dem BTU Programm haben wir seit 1998 gemeinsam mit privaten Investoren einen Betrag von 2,6 Mrd. € an Venture Capital für den Mittelstand mobilisiert. Und deshalb werden wir auch – trotz der Schwäche des Neuen Marktes – das Programm fortsetzen.

Deutschlands Vorreiterfunktion für eine europäische Wirtschaftspolitik

Meine Damen und Herren,

die deutsche Wirtschaftspolitik kann aufgrund der immer engeren europäischen Integration nicht mehr allein national gedacht werden. In vielen zentralen Bereichen werden mittlerweile die Weichen auf EU-Ebene gestellt. Denken Sie an die Marktöffnung bei Netzwerkindustrien, an die Beihilfekontrolle oder die internationale Handelspolitik. Die Bundesregierung unterstützt deshalb mit Nachdruck eine auf umfassende Reformen und fairen Wettbewerb ausgerichtete Politik der Europäischen Union.

Ziel ist ein dynamischer und wettbewerbsöffener Wirtschaftsraum in ganz Europa. Ein Beispiel für die Vorreiterrolle Deutschlands innerhalb Europas ist neben der bereits genannten Liberalisierung von Märkten auch der Umweltschutz. Und das ist nicht nur gut für die Umwelt, es erschließen sich damit auch neue Wachstums- und Beschäftigungschancen im Zukunftssektor Umwelttechnologie. Zu guter Letzt bringt der Wettbewerb um die besten Lösungen Europa auch in der Wirtschaftspolitik voran. Und genau deshalb halten wir eine vernünftige Arbeitsteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten entsprechend dem Subsidiaritätsgedanken auch in Zukunft für außerordentlich wichtig. Nur aus Vielfalt kann neues und besseres entstehen.

Schluss

Meine Damen und Herren! Wir haben beim Regierungswechsel kein leichtes Erbe angetreten. Heute jedoch steht Deutschland besser da als noch vor vier Jahren. Wir haben wichtige Reformen auf den Weg gebracht, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken, die wirtschaftliches Wachstum begünstigen und die Arbeitslosigkeit reduzieren. In Bereichen, wie der Technologie ebenso wie im Außenhandel, nehmen wir bereits heute internationale Spitzenpositionen ein. Dabei verfügt Deutschland über eine gute Infrastruktur und liegt zentral in einem großen, sich dynamisch entwickelnden Markt. Deutschland hat damit alle Chancen, seine Position auf den Weltmärkten noch weiter auszubauen.

Vielen Dank!